



3. Februar 2022

Medienmitteilung

Breite Allianz aus Parteien und Organisationen begrüsst die Abschaffung der Stempelsteuer

Am 13. Februar 2022 stimmen wir über die Abschaffung der Emissionsabgabe ab. Diese Steuer fällt bei der Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital durch Unternehmen an. 90 % der von dieser Emissionsabgabe betroffenen Unternehmen sind KMU. Als Folge dieser Steuer vermindert sich das eingebrachte Eigenkapital und damit die Substanz und Autonomie dieser KMU. Die Emissionsabgabe schwächt dadurch den Wirtschaftsstandort Schweiz. Im Aargau setzt sich eine breite Allianz der Parteien Die Mitte, SVP, FDP, glp und EDU sowie den Organisationen AGV und AIHK für die Abschaffung des Stempelabgabegesetzes ein.

Die Abschaffung der Stempelsteuer ist wichtig für einen weiterhin attraktiven Wirtschafts- und Innovationsstandort Schweiz. Von der Stempelsteuer betroffen sind genau jene Unternehmen, die ihren Betrieb weiter ausbauen wollen sowie insbesondere Start-Ups, die in den ersten Jahren meist mehrere Finanzierungsrunden benötigen, um wachsen zu können. Die Steuer ist eine weitere Hürde beim Auf- und Ausbau der Aktivitäten und behindert damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Entsprechend ist die Stempelsteuer abzuschaffen.

Die Stempelsteuer packt am falschen Ort an. Aktuell wird belohnt, wer sich verschuldet – oder anders ausgedrückt: fiskalisch bestraft werden jene Unternehmen, die ihr Aktienkapital oder GmbH-Kapital erhöhen. Die Corona-Krise hat gezeigt: Jene Unternehmen mit etwas finanziellem Polster kommen ohne oder mit weniger staatlicher Unterstützung durch die Krise, sie können sich länger über Wasser halten und entsprechend sind auch die Arbeitsplätze sicherer. Es handelt sich durchwegs um Unternehmen mit einem hohen Eigenkapitalanteil (höheres Aktienkapital oder GmbH-Kapital). Genau diese Unternehmen, die anstelle der Aufnahme von Darlehen bei Dritten (Kapitalgebern, z. B. Banken) selbst Geld beschaffen über die Emission von Aktien oder GmbH-Anteilen, werden durch die Stempelsteuer abgestraft. Infolge der Corona-Krise werden viele Unternehmen neues Eigenkapital aufnehmen müssen, um die erlittenen wirtschaftlichen Einbrüche ausgleichen zu können. Mit dem Wegfallen der Stempelsteuer wird zudem das eigenverantwortliche unternehmerische Handeln inskünftig nicht mehr zusätzlich benachteiligt. Auch aus diesem Grund ist die Abschaffung dieser Steuer zu befürworten.

Mit den internationalen Bestrebungen um Vereinheitlichung der Unternehmensbesteuerung droht die Schweiz als Wirtschaftsstandort in Zukunft bei Unternehmen an Attraktivität zu verlieren. Die Stempelsteuer ist in diesem Zusammenhang ein fiskalischer Standortnachteil, der Unternehmen dazu bewegen könnte, nicht in die Schweiz zu kommen oder diese gar zu verlassen. Davon wären vor allem künftige, zusätzliche Arbeitsplätze in der Schweiz betroffen. Nicht auszuschliessen ist aber auch die Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland. Auch deshalb ist die Stempelsteuer abzuschaffen.

Die Steuer trifft also die innovativen, die wachsenden und die gesunden Unternehmen. Genau jene, die Arbeitsplätze schaffen und dadurch direkt und indirekt zum Wohlstand unseres Landes beitragen. Vor diesem Hintergrund wird von den unterzeichnenden Parteien und Organisationen ein klares JA zur Abschaffung der Stempelsteuer empfohlen.

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen folgende Personen der unterzeichnenden Parteien und Organisationen zur Verfügung:

- NR Marianne Binder, Präsidentin Die Mitte Aargau, 079 686 01 31
- Roland Haldimann, Präsident EDU Aargau, 079 435 36 40
- GR Sabina Freiermuth, Präsidentin FDP Aargau, 079 333 51 78
- Philippe Kühni, Präsident GLP Aargau, 079 453 02 10
- NR Andreas Glarner, Präsident SVP Aargau, 079 416 41 41
- NR Benjamin Giezendanner, Präsident Aargauischer Gewerbeverband AGV, 062 746 20 40
- Marianne Wildi, Präsidentin Aargauische Industrie- und Handelskammer AIHK, 062 837 18 01